

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfach: Dresden Nr. 18 694 / Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Montag den 6. August 1928 Nummer 182

SPD-Anschlag auf die Gewerkschaften

Die sozialdemokratischen Führer wollen die Gewerkschaften spalten / Ein alarmierender Artikel des Berliner Tagesblattes / Spaltung wie im Arbeiterport beabsichtigt

In der Morgenausgabe des Berliner Tagesblattes vom 4. August erschien ein von sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern geschriebener Artikel, in dem es heißt:

„Die Wahlen der Vertreter des Berliner Metallarbeiterverbandes zu dem Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der in diesem Jahre in Hamburg stattfindet, haben wiederum, ganz ähnlich wie die Wahlen zum Kongress des Metallarbeiterverbandes selbst, mit einem Erfolg der kommunistischen Idee geendet. Allerdings war die Wahlbeteiligung ungemein schwach. — Trotzdem ist das Wahlergebnis für die Arbeiterpartei oder sozialdemokratische Richtung in den freien Gewerkschaften wenig befriedigend. Wesentliche Schuld daran trägt die Verbreitung eines Flugblattes am Abend vor dem Wahltag, das in der unflätigsten Form grobste und verleumdende Beschimpfungen gegen die Führer der Arbeiterpartei und sozialdemokratische Richtung verbreitet hat. Wie wir erfahren, wird dieses Flugblatt noch zu Folgerungen auf dem Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes führen. Die Mehrheit dieses Kongresses steht unbedingt zur Arbeiterpartei und ist nicht gewillt, mit Gegnern zusammenzuarbeiten, die den politischen Kampf mit vergifteten Waffen führen. Es wird ein Antrag eingebracht werden, die Mandate der in Berlin gewählten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht anzuerkennen. Damit ist, praktisch gesehen, die kommunistische Opposition ganz allgemein vor eine schwerwiegende Alternative gestellt. Eine grundsätzliche Frage wird damit aufgeworfen, die die Kommunisten ebenso grundsätzlich zu beantworten haben werden.“

..... Bisher wurden die Kommunisten in gewerkschaftlichen und anderen Arbeiterorganisationen mit großer Toleranz geduldet, obwohl sie die von ihnen beanspruchte „proletarische Solidarität“ dazu benutzten, gegen die Sozialdemokratie Propaganda zu treiben. Inzwischen hat sich die Unhaltbarkeit dieser Verhältnisse klar herausgestellt. Arbeiterportorganisationen und Arbeiterverbände sind schon daran, sich von den Kommunisten deutlich zu scheiden und den feindlichen Brüdern, die mit der Parole der proletarischen Einheitsfront die Organisationen unterminieren, eine weitgehende Lücke zum Austritt zu weisen.“

Auch in der Berliner Volkszeitung erschien zu gleicher Zeit ein ähnlicher Artikel, in dem noch deutlicher folgendes gesagt ist:

„Es soll nun auf dem Kongress ein Antrag eingebracht werden, die Mandate der in Berlin gewählten Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht anzuerkennen. Es soll Klarheit geschaffen werden ... Bisher wurden die Kommunisten in gewerkschaftlichen und anderen Arbeiterorganisationen mit großer Toleranz geduldet, obwohl sie die von ihnen beanspruchte „proletarische Solidarität“ dazu benutzten, gegen die Sozialdemokratie Propaganda zu treiben. Inzwischen hat sich die Unhaltbarkeit dieser Verhältnisse klar und deutlich herausgestellt. Arbeiterportorganisationen und Arbeiterverbände sind schon daran, sich von den Kommunisten klar und deutlich zu scheiden ... Daher werden auch die freien Gewerkschaften nicht umhin können, eine radikale Klärung der Verhältnisse vorzunehmen.“

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Artikel von einem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer geschrieben sind. Benutzen die SPD-Führer doch mit Vorliebe die kapitalistische Presse, um dort Heftartikel gegen die Kommunisten zu veröffentlichen. Zudem steht der Artikel in der Berliner Volkszeitung unmittelbar hinter der offiziellen Mitteilung, daß der ADGB-Vorstand ein „Kartellgeheim“ zwecks Schaffung weiterer arbeitsteiliger sozialistischer Initiativen anarbeite. Die Kländigung der ungeheuerlichen Spaltungsmassnahmen in den beiden bürgerlichen Blättern, entspricht den tatsächlichen Absichten der sozialdemokratischen Führer.

Wir rufen Alarm! Wir appellieren an alle Arbeiter, daß der Tragweite der verbrecherischen Pläne voll bewußt zu werden.

Wie die Arbeiterportorganisationen sollen auch die Gewerkschaften gespalten werden. Mit schon die Spaltung der Arbeiterportorganisationen durch die SPD, ein ungeheures Verbrechen, so reicht es doch bei weitem nicht heran an das Verbrechen der Spaltung der Gewerkschaften. Die Arbeiterportorganisationen sind gewiß wichtig. Ihre Spaltung hat aber nicht dieselbe unmittelbare Auswirkung auf die Lebenshaltung der Arbeiter, wie die von der SPD beabsichtigte Spaltung der Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften sind diejenigen Organisationen, in denen sich ohne Unterschied der parteipolitischen Einstellung alle diejenigen Arbeiter vereinigen sollen, die gewillt sind, für die Verbesserung ihrer Lage gegen das Kapital zu kämpfen. Weß die Arbeiter einzig vorgehen müssen, wenn sie erfolgreiche Streiks führen wollen, müssen in den freien Gewerkschaften alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter Platz haben und muß innerhalb der Gewerkschaften die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und Selbstbestimmungsrechtes der Mitglieder bestehen. Wenn die SPD-Führer die Gewerkschaften spalten und sie so zu sozialdemokratischen Parteiorganisationen machen wollen, so wird das Unternehmertum davon den gewaltigen Vorteil von dieser Zerstückelungsaktion haben.

Wir lagern der Arbeiterschaft, daß wir den sozialdemokratischen Führern das Verbrechen zutrauen, wenn ihre Koalitionspolitik mit dem Bürgerium treibt sie dazu, die Arbeiterschaft von Forderungen an die Unternehmer abzuhalten, den kampfbereiten Arbeitern in die Arme zu fallen. Da ist der Verdacht der völligen Vornahme der Gewerkschaftsbewegung durch eine Spaltungsaktion nur logisch. Gerade, weil heute eine Koalitionsregierung besteht, ist diese Gefahr so ungeheuer groß.

Wir rufen der Arbeiterschaft zu, daß niemand die Spaltung verhindern kann als die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter selbst! Ihre Gegenaktion muß die Pläne der sozialdemokratischen Führer durchkreuzen.

Es ist jetzt notwendig, jedem Gewerkschaftsmitglied sofort die Pläne der SPD zur Kenntnis zu bringen, es ist notwendig, alle Arbeiter zu mobilisieren. Ein Massenprotest muß sich erheben gegen die geplante Kollierung der Wahl der oppositio-

nellen Kongreßdelegierten und gegen die Spaltungspläne! Kein Betrieb, keine Gewerkschaftsorganisation darf versäumen, ihre Stimme zu erheben. Es wird ein schwerer Kampf sein, doch die reformistischen Spalter müssen geschlagen werden. Gerade jetzt, wo die Opposition innerhalb der Gewerkschaften einen so schweren Kampf zu bestehen hat, ist es unbedingt notwendig, daß sie gestärkt wird durch die Tausende von Arbeitern, die noch außerhalb der freien Gewerkschaften stehen. Kein Hindernisgrund darf mehr gelten! Ein aufrechter Arbeiter muß auch seinen Teil an den reformistischen Methoden hinunterzuschleudern können, um gegen den Reformismus zu kämpfen. Nur derjenige kann wirksam gegen die reformistischen Führer kämpfen, der innerhalb der freien Gewerkschaften steht.

Arbeiter, erkennt, um was es geht! Heraus zum Massenprotest, heraus zur Gegenwehr! Es gilt, die Geschlossenheit der Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft zu verteidigen!

Von Marseille bis Brüssel

Von Walter Stöcker, Berlin, M. d. R.

Vom 5. bis 12. August tagt in Brüssel der Kongress der Zweiten Internationale. 1925 waren die Reformisten in Marseille versammelt: einige hundert Minister, die dort zusammenkamen, um sich „Guten Tag“ zu sagen, einigen nichtschlagenden Resolutionen „feierlich“ zuzustimmen und dann wieder auseinanderzugehen und ihre sozialimperialistische Politik der Unterjochung ihrer eigenen Bourgeoisie selbstverständlich fortzusetzen.

Der Kongress von Marseille fand weder bei der Arbeiterschaft noch bei der Bourgeoisie irgendwelche Beachtung, weil niemand dieses hohle und verlogene Theater ernst nahm und dieser sogenannte Kongress zu den wichtigsten Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse überhaupt nicht Stellung nahm, obwohl nicht weit von ihm französische und spanische Kriegsschiffe die marokkanische Küste bombardierten und in Marseille selbst Tag für Tag Truppentransporte eingeschifft wurden. Die in Marseille versammelten Reformisten lehnten ausdrücklich eine Bestätigung der Gewerkschaftsbeschlüsse von Rom und vom Haag, die bei einem Kriegsausbruch zum Generalstreik verpflichteten, ab und gaben damit den angeschlossenen Parteien volle Handlungsfreiheit zur Unterjochung der Militär- und Kriegspoli-

tik ihrer eigenen Bourgeoisie. Man hätte in Marseille alle Scheinwerfer der Welt aufbieten können und hätte dort nicht die Spur eines wirklich internationalen Geistes und entschlossener proletarischer internationaler Solidarität auffinden können.

Ist es seitdem anders geworden? Hat sich die Hoffnung so mancher Proleten bestätigt, auch in dieser sogenannten Internationale werde sich der alte Geist von Marx und Engels und der Wille der Arbeitermassen wieder durchsetzen? Drei Jahre reformistischer Politik der MacDonald und Henderson, der Renaudel und Blum, der Hilferding und Hermann Müller geben darauf eine klare und eindeutige Antwort. Offener noch als vor Marseille haben die führenden Politiker der sozialdemokratischen Parteien die imperialistische Politik der Kapitalisten ihrer Vaterländer unterstützt. MacDonald die brutale und blutige Kriegspolitik Chamberlains gegen den Imperialismus gegen Indien, Ägypten usw., Renaudel, Boncour und Blum den grausamen Kampf des französischen Imperialismus gegen die Freiheitskämpfe in Marokko und Syrien und die ungeheuerlichen Militär- und Kriegsgesetze der französischen Bourgeoisie. Als getreue Diener ihrer Bourgeoisie bewilligen sie natürlich auch die Mittel für die Kriegsinstrumente der kapitalistischen Politik, für die Armeen und deren Rüstung.

Wie hat sich die Exekutive dieser Pseudo-Internationale zu all den brennenden Fragen der internationalen Politik verhalten? Zum Beispiel zu dem gewaltigen sozialen und nationalen Kampf der chinesischen Arbeiter- und Bauernmassen? Solange der Kampf tobte, Förderung der imperialistischen Nachpolitik gegen die Kämpfe des chinesischen Volkes. Und jetzt nach dem Siege der weißen Bourgeoisie über die Arbeiter und Bauern Chinas laßt man demonstrativ die Henker der Kuomintang, die Vertreter Tschangkaischais, zu dem Kongress nach Brüssel ein. Und haben nicht die MacDonald, Boncour, Hilferding und Kautsky durch ihre Antichinesenheide die heftige Vorbereitungsarbeit geleistet für den vom britischen Imperialismus geplanten Kreuzzug gegen das proletarische Rußland? Alle Täuschungsmanöver der Bourgeoisie vom Abrückungsschwindel bis zum Kelloggpaß, wurden von den sozialdemokratischen Führern begeistert mitgemacht, um die Arbeitermassen die tatsächlichen ungeheuren Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte und die wachsende Kriegsgefahr nicht erkennen zu lassen und einzuschläfern. Und findet nicht die Völkerbundskomodie die aktivste Unterstützung der sozialdemokratischen Parteien. Der wachsenden Befestigung der bürgerlichen, kapitalistischen Kräfte leidet Marseille entsprechend haben sich auch in den sozialdemokratischen Parteien fast überall die rechten Elemente durchgesetzt. Der Zentrismus und Austromarxismus, der einst bei der Verschmelzung der Wiener mit der Zweiten Internationale, stolz ankündigte, die Internationale radikalieren zu wollen, hat auf der ganzen Linie schamlos kapituliert und liefert nur noch einige radikale Theesen, um die reformistische und sozialimperialistische Politik der Zweiten Internationale besser zu verklären.

Die von der Exekutive dem Kongress vorgelegten Entschlüsse zur Abrückungsfrage und zur Kolonialpolitik sind typisch reformistische Dokumente mit zentristischer Sauce. Einige radikale Redensarten sollen reformistische

Mag Hoelz in Mitteldeutschland

Gewaltige Kundgebungen — 30 000 Demonstranten in Halle

Im Herzen des mitteldeutschen Industriegebietes, in Halle wurde am Sonntag Mag Hoelz von der revolutionären Arbeiterschaft empfangen. Der Empfang war verbunden mit einer gewaltigen Antikriegskundgebung, die die KPD, der KZP und der KPD überboten hatten. Es war eine Demonstration, an der 30 000 Menschen teilnahmen. Unbeträchtlich in den Proletariersteilen waren die Häuser mit roten Fahnen, Transparenten und bei Eintritt der Dunkelheit mit zahlreichem Lichtern geschmückt. Auf dem Hallmarkt, einem der größten Plätze in Halle, standen die Massen wie eine Mauer. Eine riesige Tribüne war aufgebaut. Ein 30 Meter langes Transparent und äußerst wirksame Antikriegspalate waren trotz Polizeiverbot angebracht worden. Gewisse Baumgärtel sprach im Namen der Partei und des KZP. Seine Rede sowie die eufhorischen Ausführungen des Genossen Mag Hoelz wurden mit tosendem Beifall aufgenommen. Diese Antikriegskundgebung wurde am Sonntag in 4 weiteren Orten des mitteldeutschen Industriegebietes von 1921 fortgesetzt. In Wittenberg, Merseburg, Eisleben und Hettstädt waren Tausende und aber Tausende zusammengetrieben, um den revolutionären Führer aus dem mitteldeutschen Land zu begrüßen und ihrem Willen Ausdruck zu geben, im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr das Vaterland aller Werktätigen, die Sowjetunion, zu schützen. Ganz besonders eindrucksvoll war die Demonstration im Mansfelder Land. Während waren die Beweise der Liebe und Anhänglichkeit, die das Proletariat zu Mag Hoelz, dessen Wagen mit Blumen förmlich überschüttet wurde, bezeugte. Der Aufmarsch hat bewiesen: Trotz der sozialdemokratischen Völkervergiftung ist das mitteldeutsche Proletariat fest und unerschütterlich zur kommunistischen Partei und ist gewillt, ihrem Ruf zu folgen.